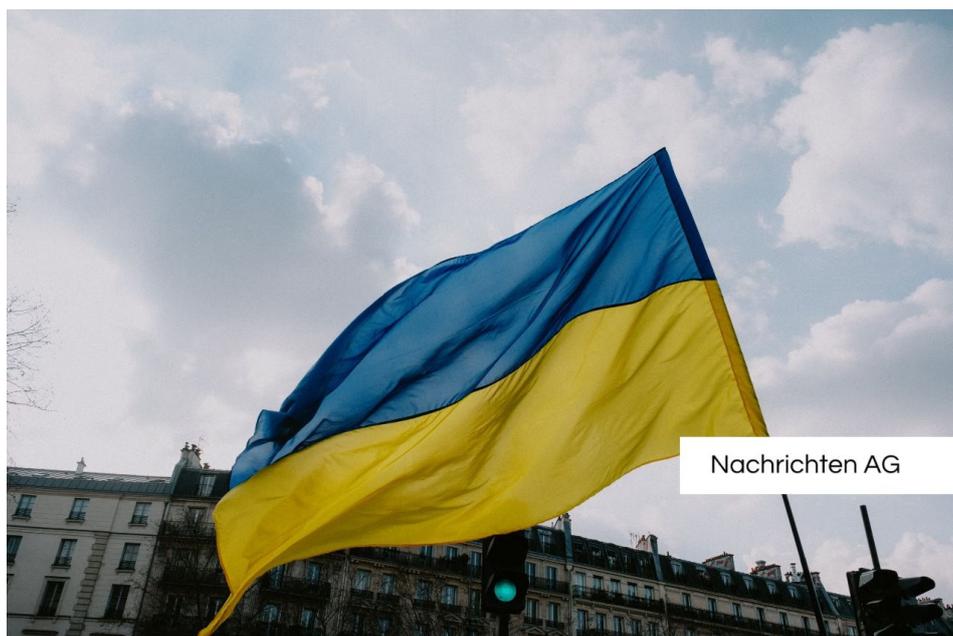


Wahlpflicht für Muslime: Demokratie-Diskussion in Stuhr!

Diskussion um die Wahlpflicht für Muslime und Integration in Diepholz: Bundestagskandidaten und Ahmadiyya-Gemeinde im Austausch.



Stuhr, Deutschland -

In der Nasir-Moschee in Stuhr fand eine angeregte Diskussion über Demokratie und die bevorstehende Bundestagswahl statt. An der Veranstaltung, die am 16. Februar 2025 stattfand, nahmen vier Direktkandidaten aus dem Bundestagswahlkreis Diepholz-Nienburg I sowie ein Vertreter der Ahmadiyya-Gemeinde teil. Mujib Ata, der Gemeindevorsitzende der Ahmadiyya Muslim Jamaat Bremen-Stuhr, hob die Wahlpflicht der Muslime hervor und wies darauf hin, dass ein Drittel der 330 Gemeindemitglieder in der Nähe der Moschee lebt.

Dies war das erste Mal, dass Politiker aus dem Wahlkreis eingeladen wurden; zuvor waren nur Kandidaten aus Bremen zu Gast. Während der Veranstaltung äußerte Axel Knoerig von der CDU, dass die Integration von Muslimen in die Gesellschaft von zentraler Bedeutung sei und es klarer Regeln für Stabilität und Sicherheit bedürfe. Zudem sprach er sich für die Förderung muslimischer Gemeinschaften durch eine Stiftung aus und betonte die Wichtigkeit der Akzeptanz hiesiger Werte.

Vielfalt und Unterstützung

Peggy Schierenbeck von der SPD sprach sich für ein Zusammenleben in Vielfalt aus und forderte die Unterstützung muslimischer Wohlfahrtsverbände. Thomas Heidemann von Bündnis 90/Die Grünen unterstrich die Bedeutung von Religion in einer offenen Gesellschaft und plädierte für eine Zwei-Staaten-Lösung im Israel-Palästinenser-Konflikt. Alexander Carapinha Hesse von der FDP forderte Religionsfreiheit und ein vorurteilsfreies Entgegenkommen gegenüber Migranten.

Kareen Heineking von den Freien Wählern äußerte Bedenken hinsichtlich des Ukraine-Kriegs und der Einhaltung des Grundgesetzes. Der Moderator stellte verschiedene Ja/Nein-Fragen, darunter zur Verhaftung von Benjamin Netanjahu in Deutschland. Knoerig erklärte seine Zustimmung zu einem Gesetz zur Begrenzung des Zuzugs und legte einen Fünf-Punkte-Plan vor. Schierenbeck kritisierte die Blockade des Sicherheitspakets durch unionsgeführte Länder und rief zu humanitärer Verantwortung auf.

Die Aufmerksamkeit auf die politischen Herausforderungen wird durch Entwicklungen in Deutschland untermauert, wo menschenverachtende und ausgrenzende Gewalt alltäglich ist. Laut einem Bericht von **Amnesty International** sind häufig Menschen betroffen, die nicht dem stereotypen Bild der Mehrheitsgesellschaft entsprechen. Die künftige Bundesregierung soll dringend mehr gegen systemischen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und LGBTI-Feindlichkeit

unternehmen, um den Schutz für von struktureller Diskriminierung betroffenen Personen zu verbessern.

Erheblicher Handlungsbedarf besteht im Kampf gegen Rassismus und strukturelle Diskriminierung, insbesondere da Deutschland laut der Studie „Being Muslim in the EU“ die zweithöchste Rate an antimuslimischem Rassismus in der EU aufweist. Auch der Umgang mit Hass und Hetze in der Gesellschaft wird als kritisch betrachtet, da Gruppen wie LGBTI+ oder Geflüchtete oft für gesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht werden.

Details	
Vorfall	Rassismus
Ort	Stuhr, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kreiszeitung.de• www.amnesty.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de